

What a wonderful world?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Cordula Drautz und Inken Wiese



Foto: www.fotolia.de, © romy mitterlechner

» Es ist erst einen Sommer her, dass nicht nur Deutschland, sondern große Teile der Welt auf Heiligendammblickten. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft trafen sich dort die Regierungschefs der G8-Staaten. Die Vertreter der globalen Wirtschaftsmächte diskutierten nicht nur untereinander, sondern banden in so genannten „out-reach-Veranstaltungen“ auch Repräsentanten von Schwellen- und Entwicklungsländern ein. Nach drei Tagen, wurden weitreichende Absichtserklärungen verabschiedet. Doch was ist geblieben von diesen guten Absichten? Hat der dort eingeleitete Heiligendammprozess schon Folgen gezeitigt?

Trotz und vielleicht sogar wegen der massiven Sicherheitsmaßnahmen rund um den hermetisch abgeschirmten Kongressort hat der G8-Gipfel eine erhöhte Aufmerksamkeit für Themen internationaler Wirtschaftspolitik geweckt, die weit über eine Fachöffentlichkeit hinausging. Das Treffen mobilisierte – wie schon die vorangegangenen

Gipfel in Gleneagles, Évian-les-Bains oder Genua – breite Teile der globalisierungskritischen Bewegung. Die kollektiven Erfahrungen im Sommer 2007 mögen für eine junge Generation von politischen und zivilgesellschaftlichen AktivistInnen prägend gewesen sein. Diese Aufmerksamkeit durch die G8-Protteste war durch die konkrete Agenda des Gipfels selbst nicht gerechtfertigt. Sie entsprechen vor allem einem weit verbreiteten Bedürfnis innerhalb der Bewegung, den Einfluss auf internationale Regierungsgespräche dadurch zu behaupten, dass die Proteste als „Happening“ oder „Event“ inszeniert werden. Die Gegenentwürfe der G8-Gegner blieben oft simplistisch und wurden selten von allen AktivistInnen geteilt. Wichtig bleibt die Erkenntnis gerade der linken politischen Kräfte, dass die konkrete Umsetzung der salbungsvoll formulierten und keinesfalls verbindlichen Absichten zu wünschen übrig lässt. Wir müssen uns daher fragen, wie wir unsere offensichtlichen Defizite im Bereich von verbindlicher progressiver internationaler Politik beheben können.

Gleichzeitig bleiben außenpolitische Entscheidungen, die nur von einem kleinen außenpolitischen Expertenkreis auf Parlaments- und Regierungsebene entworfen wurden, unzulänglich. Außenpolitik muss mehr sein als die Ausgestaltung einzelner, von einander getrennter Politikfelder und das diplomatische Management von Fachfragen in den Beziehungen zu anderen Ländern durch das Auswärtige Amt. Weder Symbolpolitik durch Protest noch technokratische Expertise reichen aus, um den interdependenten globalen Herausforderungen durch eine veränderte internationale Ökonomie, die auch Entwicklungsperspektiven der Länder des Südens umfassen, politisch wirksam zu begegnen.



Sozialdemokratische Politik muss noch stärker als bisher umfassende Antworten auf die Etablierung weltstaatlicher Strukturen finden, die die schwindende Fähigkeit der Nationalstaaten, Ungleichheiten auszuschließen, zu bekämpfen oder gar zu verhindern, ins Auge nimmt. Das bedeutet auch, dass Außenpolitik nicht – wie fast ausschließlich diskutiert – auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik reduziert werden kann. Faktisch sind Politikfelder wie die Agrarpolitik zum Objekt internationaler Aushandlungsprozesse geworden, doch es fehlt an Steuerungsideen auch von SozialdemokratInnen.

□ Megatrends einer Wonderful World

Welche Szenarien globaler Entwicklung sich durchsetzen werden, hängt von der politischen Antwort auf die sich verändernden ökonomischen Voraussetzungen ab. Die Auswirkungen dieser veränderten Situation sind drastisch und stellen vor allem als soziale Phänomene die Existenz einer „Wonderful World“ in Frage. So finden Verteilungskämpfe zunehmend unter Armen statt, wie unter anderem im südlichen Afrika zu beobachten ist. Gleichzeitig setzt sich mit der globalen Demonstration gegen die Explosion der Lebensmittelpreise ein neues Bewusstsein für kollektives Handeln durch.

Als Megatrend der globalen Herausforderungen, der ausschließlich durch globale Lösung gesteuert werden kann, hat sich der Klimawandel in den internationalen Diskurs geschoben. Denn extreme Wetterereignisse führen zu Flucht und Armut, menschliches Einwirken bringt das Ökosystem an seine Grenzen. Die Verknappung und die abnehmende Qualität natürlicher Ressourcen wie Trinkwasser, Boden, Hölzer, die Belastung der Biosphäre, der Verlust der Biodiversität und die dadurch ausgelösten Migrationsströme wirken sich auf Preise von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und damit auf globale Entwicklungen insgesamt aus. Die Betroffenheitsklüfte zwischen den entwickelten Industrieländern mit Zonen relativ stabiler Umweltbedingungen und unkalkulierbaren

Umweltbelastungen in weniger entwickelten Ländern, wächst. Der „ökologische Fußabdruck“ der Industriestaaten reicht weit in die anderen Regionen der Erde hinein.



Diese Erkenntnis wird von der politischen Linken bis zur Rechten mittlerweile weitgehend geteilt. Unterschiedlich bleibt aber die Antwort auf die Bewältigung des Problems. Dass der Klimawandel die größte Form des Marktversagens darstellt, aber die politische Vorherrschaft der Marktgläubigkeit weiterhin bestimmend ist, verhindert, dass vielfältige Vorschläge wie diejenigen der UN-Entwicklungsberichte ausreichend umgesetzt werden. Die Interessengegensätze bleiben bestehen: Das Wachstum kann an den oben dargestellten ökonomischen, sozialen und ökologischen Grenzen nicht mehr so gesteigert werden wie zu Beginn des „industriell-fossilen Kapitalismus“ (Altvater). Wenn der Treibstoff des Wachstums, die fossilen Energieträger, ausgehen, ist die Kongruenz von Kapitalismus und Fossilismus aufgehoben, und die Energiekrise wird zu einer Krise des gesamten Produktionsmodells. Dies kann nur durch nicht-fossile, z.B. erneuerbare Energien, überwunden werden.

Gleichzeitig scheint die Entfaltung der Triebkräfte des US-geführten globalen Kapitalismus nach der Show um Clinton versus Obama als demokratische Präsidentschaftskandidaten bis November gehemmt zu sein. Es ist unklar, was im Weißen Haus passieren wird und welchen Einfluss die USA als westliche Führungsmacht auf das „Empire“ entfalten wird, wie es von Hardt/Negri beschrieben wird. Ideologisch und praktisch sind die so genannten „Neocons“ zwar außenpolitisch gescheitert und auch in den USA selbst an den Rand gedrückt. Dennoch stellen die USA trotz aller Abgesänge wirtschaftspolitisch die vitalste und institutionalisierteste Führungsmacht dar. Das Prinzip des Marktes aber zementiert die wirtschaftliche und politische Überlegenheit der alten westlichen Blöcke. Auch deshalb werden Fragen von sozialer und globaler Gerechtigkeit weiterhin vernachlässigt oder missachtet.



□ Kapital, Krisen und Kooperation – Stellschrauben für eine sozialdemokratische Außenpolitik

Die Frage, ob die erkennbaren ökonomischen Verschiebungen das Ende des US-amerikanisch geführten „Empires“ einleiten und wir am Beginn eines „asiatischen Jahrhunderts“ stehen, beschäftigt auch die Beiträge dieses Heftschwerpunkts. Sie orientieren sich an den vier „K“s, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrem Projekt „Kompass 2020“ definiert. Kapital, Krisen, Kooperation und Kultur sind die zentralen Faktoren für die Entwicklung der internationalen Beziehungen. Die folgenden Beiträge sollen insbesondere vor dem Hintergrund der Faktoren Kapital, Krisen und Kooperation geleistet werden. Sie bieten kein Gesamtkonzept, sondern arbeiten die existierenden Stellschrauben in den internationalen Beziehungen heraus, an denen sich eine linke deutsche Außenpolitik orientieren kann.

Den Aufschlag zum Thema „Kapital“ machen Britta Joerißen und Jochen Steinhilber, die sich mit der Verschiebung der globalen Wachstumsdynamik durch den rasanten ökonomischen Aufstieg einiger Schwellenländer auseinandersetzen. Ob es diesen Ländern gelingt, auf der internationalen politischen Bühne ihre Positionen als Gruppe durchzusetzen, hängt vor allem davon ab, ob sie zukünftig erfolgreich auch Gemeinsamkeiten jenseits trennender Aspekte wie Regierungsform und Gesellschaftsmodell formulieren. Für Deutschland bedeutet dies ein Umdenken, um den „Nachkriegsmultilateralismus“ so zu reformieren, dass in Zukunft wirksamer Multilateralismus eine Option bleibt. Den zweiten Beitrag aus politikökonomischer Perspektive liefert Werner Raza, der sich mit einer anderen Form des ökonomischen Multilateralismus auseinandersetzt: der EU-Außenhandelspolitik. Die neo-merkantilistisch inspirierte Außenhandelspolitik sieht Raza als notwendiges Gegenstück zu einer zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit und Standortkonkurrenz orientierten Wirtschaftspolitik. Dass eine europäische Wirtschaftspolitik auf die globalökonomischen Ungleichgewichte notwendigerweise reagieren wird, ist eine seiner Prognosen.



Mit schwelenden bzw. latenten Krisen im Bereich der Sicherheitspolitik setzen sich im Folgenden Rolf Mützenich und Guido Steinberg auseinander. Mützenich weist auf die Notwendigkeit des Multilateralismus für eine wirksame nationale Interessenpolitik hin. Abrüstung und Rüstungskontrolle stellen für ihn Teil der deutschen Staatsräson dar und müssen zum Nutzen aller aus ihrer existenziellen Krise geholt werden. Die Aufrechterhaltung bestehender Verträge, das Primat multilateraler Institutionen, die Stärkung schwacher und instabiler Staaten und schließlich die Einbindung der Schwellenländer gehören für ihn zu den ersten Schritten, die unternommen werden müssen, um globales Wettrüsten jeder Art zu verhindern. Ergänzend dazu setzt sich Steinberg mit der Bedrohung durch nicht-staatliche Gewalt am Beispiel von al-Qaida auseinander. Er plädiert für eine stärker politisch orientierte Bekämpfung der Ursachen des islamistischen Terrorismus, die in dessen Heimatländern ansetzen muss. Er fordert von Deutschland und Europa einen konsequenten Einsatz für demokratische Reformen, um oppositionellen militanten Kräften die politische Frustration der Mehrheitsbevölkerung als Nährboden zu nehmen.

Die Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern stellt einen Schwerpunkt deutscher Außenpolitik dar, dem sich abschließend Ernst Kerbusch und Niels Annen widmen. Auf der Basis von fast 40 Jahren entwicklungspolitischer Erfahrung betont Kerbusch die Notwendigkeit, Strukturveränderungen gesellschaftspolitisch stärker zu flankieren. Am Beispiel der tektonischen Veränderungen der Parteienlandschaft Lateinamerikas ergänzt Annen dies um die Bedeutung einer strategischen Zusammenarbeit der SPD mit neuen parteipolitischen Akteuren auf dem Subkontinent. ■

☞ Kai Burmeister, Volkswirt, lebt in Offenbach.
 ☞ Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin.
 ☞ Inken Wiese, Islamwissenschaftlerin, lebt in Berlin.

Schon seit ihrem gemeinsamen Juso-Engagement setzen sie sich aktiv für eine sozialdemokratische außenpolitische Agenda ein.